



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

13. September 2022

Seite 1 von 1

MKJFGFI Nordrhein-Westfalen 40190 Düsseldorf

An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herr André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40211 Düsseldorf

Dr. Edgar Voß  
Telefon 0211 837-2370  
Telefax 0211 837-2200  
Edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am  
15.09.2022**

Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

wie in der o. g. Ausschusssitzung zugesagt, übersende ich hiermit zur  
Information der Ausschussmitglieder den beiliegenden Sprechzettel.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Völklinger Straße 4  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-2000  
Telefax 0211 837-2200  
poststelle@mkjfgfi.nrw.de  
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linien  
706, 709 (Haltestelle Stadttor)  
707 (Haltestelle Wupperstraße)



# **Mündlicher Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration**

## **Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP**

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend vom 15.9.2022**

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine Damen und Herren,

soziale Infrastruktur – von der Kita und ihren Mitarbeitenden, der Familienbildungsstätte bis zum Jugendfreizeitzentrum – ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Hier wollen wir als Landesregierung – um es ganz klar zu sagen – unserer Verantwortung nachkommen, um dieses Fundament zu sichern. Dafür brauchen die Länder aber auch die finanziellen Handlungsspielräume, auch und gerade in herausfordernden Zeiten, in denen sich insbesondere Kinder, Jugendliche und Familien auf eine starke und funktionierende soziale Infrastruktur verlassen können müssen.

Wenn wir über Kinder, Jugendliche und Familien sprechen, sprechen wir oft über Dinge, die sie belasten. Über die großen Herausforderungen, vor denen sie stehen: die alleinerziehende Mutter im Schichtdienst, die keine Betreuung findet; die Familie, die in der Pandemie vielleicht nur eine kleine Wohnung und damit wenig Raum hatte und sich alle fruchtbar fühlten, weil ihnen die Isolation und die Sorge um die Oma an den Nerven zerrte. Und wir denken an die vielen Menschen aus der Ukraine, vor allem Frauen und Kinder, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind, die aber nicht nur ihre Heimat, sondern oft auch Väter, Männer, Familie und Freunde zurückgelassen haben.

Als Landesregierung sehen wir sehr genau, welchen unterschiedlichen Herausforderungen sich so viele Menschen in diesem Land stellen müssen und wir wissen um die Verantwortung, die daraus für die Politik und die Arbeit der Landesregierung erwächst.

Dazu gehört, Herausforderungen klar anzusprechen und anzugehen, dazu gehört aber vor allem, nicht nur die Probleme zu benennen, sondern auch die Ressourcen zu sehen. Kinder, Jugendliche und Familien sind daher aus Sicht der Landesregierung wichtige Akteure. Kinder haben oft die pfiffigsten Problemlösungsstrategien, sie sind kleine Lösungssucher. Gehen wir mit Ihnen auf die Spur nach den besten Lösungen! Denn ich glaube fest daran, dass wir dann am meisten Erfolg haben, wenn wir den Blick weiten und Kinder, Jugendliche und Familien anhören. Sie ins Zentrum stellen.

Ich werbe dafür zuhören, dann zu bewerten, dann zu handeln. All die Familien in NRW sind reich an Erfahrungen, an Hintergründen – es ist an der Zeit, dass wir diesen Reichtum noch mehr schätzen und danach handeln. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart Kinder, Jugendliche und Familien ins Zentrum unserer Politik zu stellen. Und so verstehe ich auch mein Amt. Lassen Sie uns gemeinsam das Beste für Kinder, Jugendliche und Familien erreichen.

Ich bin angetreten mit dem Versprechen, im Ministerium wichtige Schritte für alle Familien zu gehen, für alle Kinder und alle Jugendlichen in NRW. Ich lade Sie dazu ein, jenseits von Parteipolitik, mit uns gemeinsam diesen Kurs beizubehalten. Denn auch das gehört zur Wahrheit dazu: Jedes Kind, jede und jeder Heranwachsende, jede Familie – sie alle haben ein Recht auf die gleichen Chancen für ihre Zukunft – und leider sind wir noch nicht so weit, dass das für alle auch Realität ist.

Eine dieser Herausforderungen, meine Damen und Herren, teilen allerdings alle Familien, hier in NRW, landauf, landab – egal, ob sie Paderborn, Kleve, Köln oder Münster leben: Gerade in den vergangenen Jahren während der Corona-Pandemie haben sie Unglaubliches geleistet, sie mussten zugleich außerordentliche Belastungen schultern. Besonders auch Kinder und Jugendliche haben Verständnis gezeigt für die Einschränkungen der Pandemie, sie haben Solidarität gelebt und vorgelebt.

Gerade die Jüngeren dürfen jetzt als Antwort der Gesellschaft wiederum auch Solidarität erwarten. Unser wichtigstes Ziel ist es daher, sie mehr als bislang ernst zu nehmen und ihnen mehr Mitentscheidungsrechte einzuräumen. Als ein erstes Signal hat die Koalition sich darauf verständigt, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, was mich ganz persönlich sehr freut.

Wir wollen diejenigen viel früher hören und einbeziehen bei Entscheidungen, die Expert\*innen in eigener Sache sind. Daher steht ein Aktionsplan Jugendbeteiligung für uns ganz weit oben auf der Agenda, denn wir wollen den jungen Menschen keine Lösungen vorsetzen, sondern sie mit ihnen gemeinsam erarbeiten.

Wir sind alle aufgefordert, die Familien in Nordrhein-Westfalen, die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern, bestmöglich zu unterstützen. Ganz gleich, ob es eine Ein-Eltern-Familie, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien, kinderreiche Familie oder eine Vater-Mutter-Kind-Familie ist: Unser Land muss noch familienfreundlicher werden, und unsere Aufgabe muss es sein, jeder Familie eine selbstbestimmte Zukunft zu ermöglichen.

Mein Ministerium wird daher

- Familien noch stärker in den Fokus rücken,
- neue innovative Instrumente der Familienpolitik entwickeln und
- alle Familien in Nordrhein-Westfalen in ihrer Vielfalt sichtbar machen.

Meine Damen und Herren,

durch den „Aktionsplan Familienfreundlichkeit“ geben wir der Familienpolitik einen neuen Stellenwert. Ein Familienbericht NRW wird unser Handeln dabei die wissenschaftliche und datenbasierte Grundlage schaffen.

Wir wollen nicht nur über, sondern vor allem auch mit Familien sprechen. Wir wollen aus erster Hand erfahren, was sie bewegt, was ihnen Probleme macht. Die Familien hier im Land haben in der Vergangenheit viel geleistet und waren stark belastet – oft auch schon vor der Pandemie. Deshalb ist es an der Zeit, das Familie-Sein zu feiern und den Familien im Land einen unbeschwerten Tag zu schenken. Das tun wir am 15. Mai, dem internationalen Familientag, einem Familien- und Kinder-Fest.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kinder und Jugendliche verdienen die besten Chancen für einen gelingenden Start ins Leben. Und sie verdienen einen bestmöglichen Schutz – und sie verdienen ihn immer, und überall – ohne Ausnahmen. Die bislang bekannt gewordenen schockierenden Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche haben uns allen vor Augen geführt, wieviel im Bereich des Kinderschutzes noch zu tun ist.

Das Landeskinderschutzgesetz werden wir deshalb weiterentwickeln, denn es war zwar ein großer Schritt, aber eben auch „erst“ ein erster Schritt. Es ist mir ein ganz wichtiges Anliegen, dass wir dabei weiter gemeinsam vorangehen. Ich möchte dabei an die gemeinsame Arbeit der letzten Legislaturperiode anknüpfen. Wir wollen die Strukturen des Kinderschutzes weiter stärken und Prävention noch besser verankern. Das Kinderschutzgesetz hat hier einen ersten wichtigen Rahmen gesetzt.

Hier bilden sich zentrale Maßnahmen für einen konsequenten Kinderschutz ab, gleichzeitig wird die Umsetzung auch eine große Herausforderung, denn einige rechtliche Regelungen sind bundesweit einmalig. Damit hat Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle im Kinderschutz eingenommen, die wir weiter fortentwickeln wollen.

Außerdem werden wir erstmals eine umfassende Fortbildung anbieten für alle Fachkräfte, die neu in der spezialisierten Beratung tätig sind und in den kommenden Monaten tätig sein werden. Diesen ersten Schritt, um dabei landesweite Standards zu schaffen, gehen wir noch in diesem Jahr!

Meine Damen und Herren,

mich betrübt ganz persönlich die große Anzahl von Familien, Kindern und Jugendlichen, die in Nordrhein-Westfalen in Armut leben. Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist für mich daher eine zentrale Frage sozialer und Generationengerechtigkeit. Wir müssen und wir werden uns in den kommenden fünf Jahren diesem Thema

verstärkt widmen. Familien, Kinder und Jugendliche wollen wir durch Teilhabe und Bildung in die Lage versetzen, langfristig die Armutsspirale zu durchbrechen.

Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen aus der Vielzahl von guten Ansätzen und Strukturen in NRW, die wir weiter stärken werden: Da sind z.B. die Familienzentren in Kitas, das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“, Familiengrundschulzentren oder Lotsendienste z.B. im Geburtskliniken. Mit dem Landesprogramm unterstützen wir insgesamt gezielt Maßnahmen an Schnittstellen von Zuständigkeiten, etwa Schule und Jugendhilfe oder Gesundheit und Jugendhilfe und das auch in Bereichen, für die es keine Regelfinanzierung gibt.

Wir werden bewährte Ansätze ausbauen, neue Ideen aufgreifen und vor allem daran arbeiten, dass die Unterstützung für Kinder und Familien auch da ankommt, wo sie gebraucht wird. Wir legen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auf, weil Armut in einem eigentlich reichen Land nicht die größte Bedrohung für faire Zukunftschancen sein darf.

Dazu gehört auch, dass wir die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die Erhöhung des Unterhaltsvorschusses bereitstellen. Diese Leistung ist für Alleinerziehende, die von Armut besonders betroffen sind, von besonderer Bedeutung. Mit einem erhöhten Mittelansatz treffen wir die nötige Vorsorge.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der brutale Angriffskrieg gegen die Ukraine trifft vor allem Kinder und Jugendliche besonders hart. Sie werden ihrer Kindheit in ihrer Heimat beraubt. Der Krieg zerstört auch das Vertrauen in ein sicheres und gesundes Aufwachsen. Umso wichtiger ist es, dass wir alles dafür tun, damit Kinder, Jugendliche und Familien hier Schutz und Unterstützung finden. Dass sie hier hoffentlich ein kleines bisschen Normalität zurück erlangen und auch wieder Momente unbeschwerter Kindheit leben können.

Gemeinsam mit den freien Trägern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Landesjugendämtern arbeiten wir daran, dass alle Kinder und deren Familien möglichst schnell nach der Ankunft ein adäquates Angebot der frühkindlichen Bildung und Betreuung erhalten. Diese Betreuungsangebote können den Kindern und ihren Familien das Ankommen erleichtern und durch geregelte Strukturen Sicherheit geben. Wir möchten allen Familien und Kindern, die vor Krieg zu uns fliehen, das Ankommen erleichtern und Integration ermöglichen. Niedrigschwellige Angebote der Kinderbetreuung sind ein zentraler Baustein dafür.

Darum fördert die Landesregierung zusätzliche Angebote der „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ (sog. Brückenprojekte) für geflüchtete Kinder, z. B.: Eltern-Kind-Gruppen, Spielgruppen, Kindertagespflegeangebote, mobile Angebote, Angebote in Kooperation mit Familienzentren, etc.

Auch die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist durch den Krieg in der Ukraine weiter gestiegen. Unter großem Einsatz haben die Kommunen die Brückenlösungen möglich gemacht, so dass die jungen Menschen jugendhilfegerecht und schnell untergebracht werden konnten. Herzlichen Dank hier an die Kommunen, die Großartiges geleistet haben und noch leisten!

Dabei standen und stehen wir auch vor einer speziellen Herausforderung: die Evakuierung ganzer Kinderheimgruppen. Diese gilt es, möglichst gemeinsam unterzubringen. Wir werden alles daran setzen, gemeinsam mit den anderen Ländern und koordiniert durch den Bund, Kinderheimgruppen schnell und zuverlässig aufzunehmen, zu versorgen und sie zur Ruhe kommen zu lassen, damit sie wieder Raum haben, einfach Kind sein zu können.

Das Kernstück unserer Jugendförderung ist der Kinder- und Jugendförderplan, den wir neu aufstellen – unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als auch von Trägern und dieses Ausschusses. Den jüngsten Entwicklungen und Bedarfslagen junger Menschen müssen wir darin gerecht werden. Klar ist: Er muss diversitätssensibler werden und noch mehr dazu beitragen, dass gesellschaftliche Benachteiligungen und Diskriminierungen abgebaut werden.

Wir wissen aus vielen Studien, dass junge Menschen auch heute noch unter den Folgen sozialer Isolation während der Corona-Lockdowns leiden. Wir wollen daher das Thema Bewältigung der Pandemie auch stärker bei der Gestaltung der Jugendarbeit berücksichtigen. Daher wird der neue KJFP auch auf dieses Thema ebenso wie auf das Thema Gesundheit einen Fokus richten.

Gleichstellung, Kinder- und Jugendhilfe finden sich nun in meinem Ministerium unter einem Dach. Neben der künftig noch engeren Zusammenarbeit von Frauenhäusern mit der Jugendhilfe und der Stärkung der Arbeit mit den in den Frauenhäusern lebenden Kinder nehmen wir so auch die Angebote in den Fokus, die sich insbesondere direkt an Mädchen und junge Frauen richten, wie z.B. Empowermentangebote oder Selbstbehauptungskurse. Ebenso wie Projekte die sich gezielt an Mädchen\* und junge Frauen\* richten, die unter anderem auf der Flucht oder in ihrem Herkunftsland (sexualisierte) Gewalterfahrungen gemacht haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn wir dafür sorgen wollen, dass jedes Kind gut betreut wird gleiche und fairen Chance auf Bildung erhält, müssen wir die Kindertagesbetreuungen vor allem als Bildungsorte sehen. Und dafür ist eines ganz zentral: Gute frühkindliche Bildung braucht qualifizierte Kindertagesbetreuungsangebote mit gut ausgebildeten Fachkräften.

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine Fachkräfteoffensive für die frühkindliche Bildung vereinbart. Aber auch die gesamte Kinder- und Jugendhilfe steht vor großem

Fachkräftebedarf. All das gehen wir an. Wir werden zügig, aber sorgsam mit unseren Partnern, den Trägern, den Gewerkschaften, dem Landeselternbeirat, den Schulen, Hochschulen und Landesjugendämtern eine Fachkräfteoffensive auf den Weg bringen. Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Die kurz-, mittel- und langfristige Fachkräftesicherung wird ein Kraftakt für alle Beteiligten. Und es wird ein Marathon, kein kurzer Sprint.

Dafür haben wir eine Stabsstelle zur Koordinierung zentral beim Staatssekretär angesiedelt.

Ein wichtiger Baustein, um mehr junge Leute für den Beruf der Erzieherin und des Erziehers zu begeistern ist ganz klar: Wir müssen den Beruf attraktiver machen. Dazu wollen wir die frühkindliche Bildung modernisieren, z.B.

- Entwicklungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte in den Blick nehmen.
- Multiprofessionalität in den Blick nehmen
- Pädagogische Fachkräfte von Verwaltungsarbeit entlasten
- Wir werden die kompetenzorientierte Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen unterstützen.
- Wir wollen Inhalte der frühkindlichen Bildung stärken wie Sprachbildung, Bewegung und Gesundheit, u.a. durch die Digitalisierung.
- Wir sichern verlässliche Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zu. Wir prüfen auf Basis der KiBiz-Evaluation, die dem Landtag bis Ende 2023 vorgelegt wird, auch das KiBiz-Finanzierungssystem.
- Wir werden das Kinderbildungsgesetz reformieren. Die erforderlichen Gesetzesänderungsverfahren und weitere Maßnahmen werden wir gemeinsam in einem dialogorientierten Verfahren mit allen Akteuren Schritt für Schritt angehen. Gründlichkeit im guten Miteinander ist mir dabei aber wichtiger als Geschwindigkeit.

Denn auch im dritten Jahr der Pandemie – aber längst nicht nur durch Corona – stehen alle Beteiligten in der Kindertagesbetreuung, allen voran die Erzieher:innen, Träger, Familien und Kinder, vor besonderen Herausforderungen. Erzieherinnen und Erzieher, Familien und Kinder haben bereits zweieinhalb anstrengende und belastende Jahre durchlebt. Der Aufrechterhaltung des Regelbetriebes mit Präsenz in der Kindertagesbetreuung hat deshalb auch im weiteren Verlauf der Pandemie Priorität. Es geht für mich außer Frage, dass das pädagogische Personal in den Einrichtungen in dieser herausfordernden Zeit weiter zu unterstützen und bei nicht-pädagogischen Arbeiten entlastet werden muss.

Dafür stellen wir mehr als 100 Millionen Euro zur Verfügung. In meinen ersten Tagen als Ministerin habe ich daher – als einen der ersten Schritte als Familienministerin –

das Kita-Helfer:innen-Programm bis zum 31. Dezember verlängert und die Förderbedingungen an die Bedarfe der Praxis angepasst. Rund 9.000 Einrichtungen haben diese unterstützenden Hilfskräfte durch die Aufstockung von Stunden oder die Gewinnung von neuen Kita-Helfer:innen während der Pandemie schon genutzt. Eine Verstärkung dieser wichtigen Ergänzung im Personalmix der Kitas haben wir im Koalitionsvertrag verabredet und derzeit bringen wir weitere Schritte dazu auf den Weg.

Die Pandemie stellt uns auch in diesem Herbst und Winter vor neue, teils schwer zu vorhersehende Herausforderungen. Um ihnen so gut wie möglich zu begegnen, standen und stehen wir bereits und weiterhin im Austausch mit allen an Kindertagesbetreuung-Beteiligten. Wir stimmen uns zudem eng mit dem Ministerium für Schule und Bildung ab, um die Maßnahmen, die Kinder, Jugendliche und ja auch Familien insgesamt betreffen, besser und rechtzeitiger zu kommunizieren, als dies in der Vergangenheit gelegentlich der Fall war.

Auch um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gut und qualitativ umzusetzen, setzen meine Ressortkollegin Dorothee Feller und ich die enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Häusern fort. Die Erarbeitung eines Landesausführungsgesetzes sowie einer schulrechtlichen Verankerung bringen wir gemeinsam voran.

Wir wollen den Ganzttag qualitativ umsetzen und ihn dazu mit einer – notwendigen – Fachkräfte- und Qualitätsoffensive flankieren. Unser Ziel ist es, Mindeststandards für den Ganzttag zu realisieren. Dabei haben wir auch ein Fachkräftegebot und multiprofessionelle Teams im Blick. Wir beteiligen schon jetzt zentrale Partner an dem Prozess und haben bereits einen Dialogprozess mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Öffentliche und Freie Wohlfahrtspflege begonnen, sowie mit weiteren Akteuren wie z.B. Jugendämtern das Gespräch aufgenommen.

Diesen Prozess setzen wir fort und werden auch die Elternverbände beteiligen. Im nächsten Schritt nehmen wir die Beratung des Landesausführungsgesetzes durch einen Expertinnen und Expertenbeirat auf, der die Umsetzung des Rechtsanspruchs fachlich beraten und in der Zusammenarbeit mit den Ressorts voranbringen wird. Hierzu sind die erforderlichen Abstimmungen in den Häusern derzeit auf dem Weg.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich gerade vor dem Hintergrund des schlimmen Vorfalles in Münster noch einen Punkt erwähnen: Es ist für mich und diese Landesregierung selbstverständlich, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\*, inter\*, nichtbinäre und queere Menschen in unserem Land ohne Angst, frei und selbstbestimmt leben können sollen. Deshalb verstärken wir den Einsatz des Landes für eine offene und vielfältige Gesellschaft, reich

an ganz unterschiedlichen Menschen. Ich stehe für eine ambitionierte Politik für LSB-TIQ\* – und das ausdrücklich auch gegen queerfeindliche Widerstände!

Wir wollen die LSBTIQ\*-Strukturen ausbauen – und dies selbstverständlich im Austausch mit den queeren Communities, ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land. Auch setzen wird die Aufarbeitung der historischen Verfolgung von LSBTIQ\*-Menschen fort.

Aber auch mit Blick auf homo- und transfeindliche Herabwürdigung, Ausgrenzung und Gewalt sage ich klar und deutlich: Nicht mit uns! Um dem spürbaren Rollback zu begegnen, werden wir einen Aktionsplan auf der Grundlage einer Lebenslagenstudie entwickeln und Schwerpunkte in Kooperation mit der Zivilgesellschaft setzen.

Unsere Maßnahmen in der Queerpolitik – das ist ein zentraler Eckpfeiler! – werden auch im Querschnitt umgesetzt. Das heißt: Ich freue mich sehr, dass jedes Ressort in seinen Zuständigkeiten eigenverantwortlich tätig werden wird.

Gemeinsam gehen wir als Landesregierung voran – für ein Land, das sich seines Reichtums, der den Menschen innewohnt – egal welchen Alters, welcher Herkunft, welcher sexuellen Orientierung – bewusst ist, ihn wertschätzt und danach handelt.

Vielen Dank!